eBay GmbH
Albert-Einstein-Ring 2-6, D-14532 Kleinmachnow
T +49 (0)30 8019 50

Bundesminister der Finanzen
Herrn Christian Lindner

Wilhelmstraße 97
10116 Berlin

Kleinmachnow, 4.09.2024

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

erlauben Sie mir zunächst, mich vorzustellen. Mein Name ist Dr. Saskia Meier-Andrae und ich leite das Deutschlandgeschäft von eBay – mit [redacted] Verkäufern und über [redacted] Käufern.

Deutschland hat die Richtlinie (EU) 2021/514 des Europäischen Rates vom 22. März 2021 – die sogenannte Directive on Administrative Cooperation (DAC7) – unter Federführung Ihres Hauses in nationales Recht umgesetzt. Das sogenannte Plattformen-Steuertransparenzgesetz (PStTG) verpflichtet nun eBay und andere Online-Martkplätze, bei Verkäufern ab einem bestimmten Grenzwert (30 Transaktionen oder bei einem Verkaufswert von insgesamt über 2.000 EUR jährlich) die Steueridentifikationsnummer zu erfragen und sodann die Transaktionshistorie an das Finanzamt zu melden.

Uns geht uns um Folgendes: Wir sehen [redacted] Verbraucher wegen des PStTG verunsichert sind und Verkaufstätigkeiten entweder pausieren oder einstellen (bzw. auf andere Anbieterseiten verlagern).

Wir haben eine Umfrage unter knapp 300 Verbrauchern, die eBay nutzen (bzw. in der Vergangenheit genutzt haben), durchgeführt. Nur 13% der Befragten haben darin angegeben, die Auswirkungen des PStTG zu verstehen. Informiert wurden die Befragten hauptsächlich aus der Presse (54%) und durch eBay (40%). Lediglich 5% gaben an, dass sie durch Steuerbehörden oder andere staatliche Quellen informiert wurden (Mehrfachnennungen waren möglich).

Diejenige, die weniger verkaufen, gaben an, dass sie ihre Verkaufstätigkeiten auf andere Plattformen verlagert haben (27%), dass sie pausieren, um die Auswirkungen des PStTG zu verstehen (26%) oder dass sie die Dinge nun lieber wegwerfen, anstatt sie zu verkaufen (19%). Auf die Frage, wohin denn die Verlagerung der Verkaufstätigkeiten stattfindet, gaben 83% das Unternehmen „Kleinanzeigen“ an.

Wie Sie sehen können, hat die Einführung des PStTG dazu geführt, dass Verbraucher zum Teil auf Plattformen ausweichen, auf denen Sie eine Weitergabe ihrer Transaktionsdaten nicht zu befürchten haben (bwz. dies so annehmen) oder ihre gebrauchten Waren lieber wegwerfen, statt sie zu verkaufen. Gerade letzteres ist natürlich in punkto Ressourcenschonung eine katastrophale Folge.

Gerne würden wir daher mit Ihnen besprechen, inwieweit die Bundesregierung bzw. das Bundesfinanzministerium mithelfen können, Verbraucher über das PStTG aufzuklären. Insbesondere die Tatsache, dass bei dem Verkauf einer gebrauchten Ware in der Regel gerade keine Steuerschuld entsteht, ist leider – insbesondere wegen einer verzerrten Medienberichterstattung – nicht bekannt. Hier würde eine staatliche Aufklärungs-kampagne extrem helfen.

In Großbritannien, wo ein ähnliches Gesetz ebenfalls für Verwirrung gesorgt hat, hat sich das dortige Finanzministerium (HMRC) dafür entschieden, mit einer solche Aufklärungskampagne den Verbrauchern die Ängste zu nehmen. So heißt es etwa auf den Seiten des HMRC: *„Despite speculation online earlier this year, tax rules have not changed in this area. If someone has sold old clothes, books, CDs and other personal items through online marketplaces, they do not need to file a Self Assessment and pay Income Tax on the sales."*

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam mit Ihnen über die Möglichkeiten einer solchen Aufklärungskampagne sprechen könnten. Wir hoffen diesbezüglich auf eine positive Rückmeldung Ihrerseits und freuen uns mit Blick auf Ihren eng getakteten Kalender auf die Mitteilung eines Terminvorschlags. Ihr Büro kann sich dazu jederzeit an meinen Mitarbeiter Dr. Nikolaus Lindner ([redacted]) wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Saskia Meier-Andrae
Geschäftsführer eBay GmbH